

**Stellungnahme zu den Umweltaspekten des Bauvorhabens Ratiborstr. 14. anlässlich des Einwohner*innenantrags der Nachbarschaftsinitiative Ratiborstraße
Rede im Umweltausschuss am 24.10.2019**

In einer Bestandsanalyse des S.T.E.R.N. (Behutsame Stadterneuerung Berlin GmbH) von 1989 wird festgestellt, dass Block 149, das Areal der Ratiborstraße 14, bereits in den 60er, 70er und 80er Jahren als potentielle Grünfläche für den Bezirk Kreuzberg vorgesehen wurde. Es war nie für den Wohnungsbau gedacht.

Auf dem Gelände entwickelte sich über Jahrzehnte eine Mischung aus kleinen Gewerbebetrieben, einem Wagenplatz, ufernaher Grünfläche, einer Kita, einem Biergarten, Spielplätzen, einem Kitagarten etc., zusammen mit gewachsenem Grün und wertvollem Baumbestand.

Damals wie heute war Kreuzberg ein baulich stark verdichteter und dicht besiedelter Wohn- und Gewerbebezirk mit wenig Platz für Frei-, Spiel- und Grünflächen. Selbst mit der Fertigstellung des Görlitzer Parks konnte das Defizit an siedlungsnahen Freiflächen in der Größenordnung von 80 ha im Bezirk nicht geschlossen werden (Umweltbericht 1988).

Und heute?

Zwar sind durch den Fall der Mauer mehr Grünflächen erreichbar, aber auch die Einwohnerzahl ist deutlich gestiegen, entkernte Hinterhöfe werden nachverdichtet, die letzten grünen Brachen in der Innenstadt werden zugebaut und der luftverschmutzende und lärmbelastende Auto- und Lieferverkehr hat enorm zugenommen.

Der Bedarf an Kompensation dieser Belastungen ist also groß, was u. a. an der starken Nutzung von Grünanlagen, Parks und grünen Orten und Plätzen deutlich wird.

Nach der „Charta für das Berliner Stadtgrün“ soll eine umweltgerechte, wohnort- und siedlungsnahere Erreichbarkeit von Grün-, Frei- und Naturflächen gesichert werden.

Diese Charta wurde sowohl vom Regierenden Bürgermeister als auch von allen Senator*innen, Abgeordneten und Bezirksbürgermeister*innen unterzeichnet. Somit ist es ihre Verantwortung und Verpflichtung, das Stadtgrün auch für kommende Generationen zu sichern und weiterzuentwickeln.

Zwar schmückt sich Berlin mit dem Image von der grünen Stadt und seiner Artenvielfalt, jedoch sind die vorhandenen Grün- und Naturflächen in Berlin sehr ungleich und ungerecht verteilt.

Gerade in den dicht bewohnten Innenstadtbezirken, besonders da wo wenig einkommensstarke Bewohner*innen leben, sind die Umweltbelastungen sehr hoch und die Grün- und Naturflächen knapp. Friedrichshain-Kreuzberg, der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins, ist dabei ein Belastungsschwerpunkt (Studie zur Umweltgerechtigkeit im Land Berlin 2016/2017).

Was hat das alles mit der Ratiborstraße 14 zu tun?

Das Gelände der Ratiborstraße 14 ist durch die vielfältige Nutzung sowohl ein gelungenes Beispiel der „Kreuzberger Mischung“ als auch ein wertvoller „hot spot“ des so wichtigen Stadtgrüns, das die Bewohner*innen in diesem belasteten Bezirk so dringend brauchen und auch ausgiebig nutzen. Es ist eines der letzten Areale im Kiez, das viele gestresste Kreuzberger*innen aber auch Bewohner*innen aus den Nachbarbezirken als ein Stück wertvoller Stadtnatur und als Ort der Entschleunigung erleben und nutzen, und um es nicht zu vergessen ist es für Kinder ein wichtiger, wohnortnaher Naturerlebnisort.

Zudem wird das Gelände, fast zum Wäldchen geworden, in seinem Erholungswert als Teil des

Spazierweges vom Paul-Lincke-Ufer in Richtung Treptower Park wahrgenommen.

Der gewerblich genutzte Teil des Areals wird bereits heute als „faktisches Gewerbegebiet“ behandelt.

Der andere Teil- Wagenplatz, Kitaspielplatz und die Grünflächen- sind wichtiger Bestandteile des Grünzugs, der sich vom Landwehrkanal und Neuköllner Schifffahrtskanal am Görlitzer Park entlang bis zur Spree zieht.

Dass dieser Grünzug nicht unterbrochen wird, ist sowohl für die Stadtnatur, insbesondere die Fauna, als auch für das Stadtklima von großer Bedeutung. Auch das hat sich die „Charta für das Stadtgrün“ zum Ziel gesetzt: Grünzüge in der Stadt zu verbinden. Der von der BGG vorgesehene Bauplatz für die MUF auf dem jetzigen Standort des Wagenplatzes befindet sich genau und zentral in diesem Grünzug.

Die Fällung von neun großen Bäumen ist beantragt, bei vier weiteren ist davon auszugehen, dass sie auch gefällt werden müssen, weil sie zu dicht an der Baustelle stehen. Sieben weitere werden durch Schnitt im Wurzel- und Kronenbereich so stark beschädigt, dass ihr Überleben fraglich ist.

Dazu zählt eine 120 jährige Flatterulme, Baum des Jahres 2019, deren Vitalität und hohe Lebenserwartung gerade von einem Baumgutachten bescheinigt wurde. Durch Einkürzungen bis in den Stammbereich und Bauarbeiten um den Wurzelbereich wird dieser wertvolle, naturdenkmalwürdige Baum gründlich geschädigt.

Die in diesem Falle von der Naturschutzbehörde geforderten baulichen Schutzmaßnahmen am Fundament, werden den Baum vermutlich nicht retten.

Definitiv falsch ist die Antwort auf die Anfrage von Turgut Altug und Katrin Schmidberger, in der behauptet wird, die Straßenbäume, für die eine Fällung beantragt ist, seien in keinem guten Zustand. Eine alte, besonders schöne Linde mit einem Stammumfang von 2,60 m hat die Schadstufe Null, die anderen die Schadstufe Eins.

Hier kann man von Kahlschlag sprechen, und dabei wird es vermutlich nicht bleiben.

Ja, dem Appell, durstige Straßenbäume zu gießen, folgen wir gerne, aber es erscheint uns doch sehr doppelzünftig, wenn andererseits gesunde, alte Bäume gefällt werden, zumal Jungpflanzungen viel anfälliger gegen Trockenheitschäden sind und Jahrzehnte brauchen, um den ökologischen Wert eines lange gewachsenen Baumes zu erreichen.

Das Areal Ratiborstraße 14 wird in sämtlichen Planwerken als Grünfläche oder Nicht-Baugebiet ausgewiesen. Teile haben sich als faktisches Gewerbegebiet entwickelt. Das trifft nicht auf den Wagenplatz zu, der nun bebaut werden soll. Er ist bisher ohne feste Bebauung. Sein Baumbestand ist Teil eines bis zum Spreekanal herunterreichenden, durchgängigen grünen Gebiets und ist damit integraler Teil des Grünzugs am Landwehrkanal bis hin zur Spree.

Der Senat will seine Pläne zur Errichtung einer MUF mit dem nur noch 2019 geltenden Sonderbaurecht schnell durchziehen und damit die Qualität des Geländes unwiederbringlich ruinieren, obwohl selbst das Sonderbaurecht die Würdigung nachbarschaftlicher Interessen ausdrücklich vorsieht. Darunter fallen auch die Interessen des benachbarten Kiezes.

Wir begrüßen sehr gerne Geflüchtete in unserer Nachbarschaft, sie sollen hier unter den gleichen Bedingungen wohnen und leben wie alle anderen und nicht beengt in einer Sammelunterkunft. Wir fordern deshalb echten Wohnungsbau und die Rückkehr zu einem geordneten, partizipativen, demokratischen und transparenten Bauplanungsverfahren.

Ein Wohnungsbau auf dem Areal muss so geplant werden, dass er mit der aktuellen Nutzung und dem Erhalt des Charakters dieses Grundstückes vereinbar ist!

Dabei müssen die Umweltaspekte berücksichtigt werden!

Es kann nicht sein, dass auf dem Gelände und an der Straße davor, im übereiltem Verfahren, Fällungen oder durch Baumaßnahmen verursachte Schädigungen von schönen, großen Bäumen in Kauf genommen werden!

Einen verantwortlichen Umgang mit der Stadtnatur, nicht nur in Lippenbekenntnissen, fordern wir von allen Politiker*innen auf der Landes- und auf der Bezirksebene.

Wie gehen Sie mit dieser Verantwortung um?

|